



KV - Lohnverhandlungen

KV-Lohnverhandlungen sind abgeschlossen und das Ergebnis kann nur als Ohrfeige für alle Kollektivvertragsbediensteten gewertet werden.

Anhebung der Bezüge für 2008 um 2,7%

**Zulagen und Nebengebühren werden ebenfalls um 2,7% erhöht
zusätzliche Anhebung der Einmalzahlung von € 115,-
Wirksamkeit: 1.April 2008, Laufzeit: 12 Monate**

In der vor wenigen Tagen stattgefundenen Betriebsratsitzung, forderte der GLB einen wesentlich höheren Gehaltsabschluss für KV-Bedienstete als für den der Beamten, -aufgrund der neuen und veränderten Wirtschaftsdaten.

Die massive Erhöhung der Inflationsrate auf 3,6 %, muss durch einen dementsprechend höheren Gehaltsabschluss abgegolten werden.

Dieses Verhandlungsergebnis kann nur als schlechter Scherz gewertet werden, er liegt sogar unter dem Ergebnis der Beamten (2,7%, 175 € Einmalzahlung), damit stellt sich die Fraktion FSG ein weiteres Armutszeugnis aus.

Allen Anschein nach, möchte man die Bediensteten für dumm verkaufen, in dem man eine Erhöhung des Leistungstopfes mit dem Ergebnis der Gehaltsverhandlungen verbindet. Jedoch muss klar festgestellt werden, eine leistungsorientierte Prämie steht in keinem Zusammenhang mit einer Gehalterhöhung und dient nur dazu, dieses miese Gehaltsergebnis zu verschleiern!

Wir sagen, es reicht! Diese Fraktion FSG unter der Führung des Vorsitzenden Kaiser, hat jede Legitimation verloren sich Vertreter der Arbeiter zu nennen und sie sollten uns endlich von ihrer Anwesenheit erlösen und zurücktreten!

Euer Kollege Roman Böhm-Raffay
BR-Fahrdienst



Impressum:

Redaktion: Roman Böhm-Raffay, Doris Grössinger, Jana Andorfer, Eva Harrer, Gerhard Eder, Friedrich Hidegethy, Mihailo Petrovic
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Roman Böhm-Raffay, Eva Harrer, Doris Grössinger, Friedrich Hidegethy, Dragan „Maki“ Makuljevic, , Fin Löwenstein, Manfred Seier, Heinrich Koudelka
Fotos: GLB-Archiv
Herausgeber und Verleger: Fraktion GLB-Gemeindebedienstete
Grafik, Satz u. Layout: Angelika Badin, Doris Grössinger; **Druck:** Druckerei Seitz, Wien 3.,
Redaktionsadresse: GLB-Gemeindebedienstete, Redaktion“Der Winker“, Wien 17., Elterleinplatz 6
Mail: glb-gemeinde@inode.at, Internetadresse: glb-gemeinde.at, Tel: 01 407 69 36
Bestellungen: Schriftlich an den GLB-Gemeindebedienstete. Für unverlangt eingegangene Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion oder des GLB übereinstimmen. Das Redaktions- und Graphikteam arbeitet ehrenamtlich, Druck und Versand kosten jedoch Geld. Spenden sind willkommen!
Bankverbindung: BAWAG BLZ: 14000; Kontonummer: 01710003595
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 08.April.2008; **Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:** 29.Mai.2008
Leserbriefe sind willkommen!

Bericht aus dem Betriebsrat

Befristete Dienstverträge: Nach einer Anfrage des GLB, musste die Fraktion FSG eingestehen, dass sie darüber nicht informiert war. Nach Gesprächen mit der Unternehmensführung wurden die Befristungen nun auf ein halbes Jahr reduziert. Jene Bediensteten, die schon eine Jahresbefristung haben, werden mit einem noch zu bestimmenden Stichtag auf ein halbes Jahr umgestellt.

Leistungstopf: Die Zusatzdotierung vom Unternehmen, (1%) wird 2009 nicht mehr ausgeschüttet, dafür wird die Rolldienstzulage um 0,15 € erhöht, dies sind pro Monat 33 €. Der Leistungstopf wird weiter ausbezahlt, reduziert um ein Prozent!

Euro Bonus: Jeder Bedienstete erhält 25 €, jedoch nur, wenn er zumindest eine Überstunde während der EM geleistet hat. Bei Überstunden werden zusätzlich 1,5 € pro geleisteter Überstunde ausgezahlt! Kritisch muss angemerkt werden, dass nur dann die 25 Euro ausgezahlt werden, wenn Überstunden geleistet werden. Die Mehrbelastung wird für alle Bediensteten auch ohne Überstunden enorm sein, -bedingt durch Fanmassen und die längeren Betriebszeiten auf vielen Linien. Dies sollte abgegolten werden!

Gutachten: Lange Zeit wurden allen Bediensteten und Fraktionen hinters Licht geführt, der GLB deckte auf! – Alle Details siehe Artikel auf Seite 7.

Plattform: Die Forderung der unabhängigen Plattform (GLB, KIV, FA) zur Neuverhandlung der DBV-Neu, wurde in unerhörter Weise von der FSG unterlaufen und in einer Nacht und Nebelaktion zur Abstimmung gebracht, eine Information der Bediensteten wurde dadurch verhindert! Fast 90% waren gegen Neuverhandlungen – Mehr dazu siehe Artikel Seite 9.

Sicherheit im U-Bahnbereich: Abteilung V 47 führt zurzeit Gespräche mit der Polizei welche Möglichkeiten in Frage kommen, da die Sicherheitstruppe seit September 2007 ersatzlos gestrichen wurde. Derzeit werden, wegen Personalüberschusses, U-Bahnfahrer im U-Bahnbereich zur Bettlerstreifung und als Ersatz für die Sicherheitstruppe (sehen und gesehen wer-

den) ohne jede Schulung oder Ausbildung eingesetzt. Dies ist laut ZBR rechtens.

Personalfoto-Weitergabe an Beschwerdeführer: Die beiden betroffenen Kollegen haben eine Anfrage an den Dienstrechtsrat abgelehnt und weitere Schritte wurden dadurch nicht getätigt. Koll. Kaiser hat in der Abteilung V 43 nachgefragt und erfahren, dass keine Bilddaten weitergegeben oder versendet werden dürfen. Jedoch dürfen dem Beschwerdeführer, Fotos von Bediensteten vorgelegt, aber nicht überlassen werden. Auch eine Gegenüberstellung kann von Beschwerdeführern verlangt werden.

Fahrschein – Remuration: In der Garage Rax, funktioniert dies trotz mehrmaligem urgierens noch immer nicht! Bitte liebe KollegInnen sagt das Koll. Krenek, er hat sich bereit erklärt die Namen und Dienstnummern zu notieren und an Koll. Kaiser zur Überprüfung zu senden.

Wir informieren.

Laut Dienstgeber sind die tätlichen Übergriffe auf Bedienstete der WL rückläufig.

Im Jahr 2005, 48 Übergriffe

im Jahr 2006, 49 Übergriffe

im Jahr 2007, 47 Übergriffe betriebsweit!

Wie ich finde sind es genau 144 Übergriffe zu viel!

Sonnenschutzfolien: Für die Niederflurgarnituren sind bereits alle vorhanden, können aber erst bei wärmeren Temperaturen geklebt werden.

Dem GLB ist (ein Gerücht?) zu Ohren gekommen und hat sofort eine schriftliche Anfrage an den BR gestellt: Laut Information, hinter vorgehaltener Hand, sollen die Fahrscheinautomaten, wie in den Bussen ausgebaut und somit ersatzlos gestrichen werden. In weiterer Folge, soll das Fahrpersonal zusätzlich mit der vertrauensvollen Tätigkeit des Fahrscheinverkaufes in den Straßenbahnzügen betraut werden.

Antwort von Koll. Kaiser, dies wurde nur angedacht und wieder verworfen! Es wurde jedoch die schriftlich eingebrachte Anfrage weitergeleitet und eine schriftliche Antwort erwartet.

Eure GLB – Betriebsräte



Böhm-Raffay Roman



Harrer Eva



Petrovic Mihailo

Mobbingskandal

...denn sie wissen nicht was sie tun??!



Als Vorsitzender der GLB-Gemeinde und als Betriebsrat bin ich einiges gewöhnt, jedoch die folgenden Fakten und mit welcher Unverfrorenheit man gegen eine Bedienstete und unbequeme Personalvertreterin, die immer nur im Interesse der Bediensteten handelt vorgeht, liebe KollegenInnen, lieben selbst mir die Haare zu Berge stehen. Zunächst die Chronik des Skandals:

Kurz nach der letzten Wahl häuften sich die Beanstandungen bei unserer Mitarbeiterin, die bis zu diesem Zeitpunkt kaum sogenannte Flecks hatte. Sie wurde natürlich ganz zufällig permanent von der ZK überwacht und wie ihr euch vorstellen könnt auch immer beanstandet.

Ein Gespräch mit dem Vorgesetzten in der Garage Spetter bestätigte meinen Verdacht, dass es hier offensichtlich darum ging, der Bediensteten eine möglichst schlechte Dienstführung zu verpassen!

Der GLB und die Kollegin brachten beim Arbeitsgericht eine Klage gegen die ungerechtfertigten Eintragungen im Führungsblatt ein, diese ist noch anhängig.

Nachdem ein unmittelbarer Vorgesetzter (es gilt die Unschuldsvermutung) mehrmals mit Anzüglichkeiten die Kollegin belästigt hatte, beschwerte sie sich beim Unternehmen.

Nun begannen Vorgänge, die nur als Skandal zu bewerten sind! Wenige Wochen später wurde unsere Kollegin in einem Schreiben aus der Personalabteilung informiert, dass ein Kündigungsverfahren gegen sie eingeleitet wurde. Begründet wurde es mit ihrer - laut Unternehmen - falschen Anschuldigung gegen einen Vorgesetzten.

Die Kündigung einer/s PV bedarf jedoch der Zustimmung des Zentralausschusses.

Mittlerweile bekamen wir Hintergrundinformationen, dass gegen den Vorgesetzten kein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde. Es tauchte sogar eine Unterschriftenliste auf, wo einige Bediensteten meinten, sie könnten sich eine Belästigung nicht vorstellen. Mehr gab es nicht!

Somit stand rein juristisch gesehen Aussage gegen Aussage, dementsprechend wurde die Kündigung im Zentralausschuss abgelehnt.

Mittlerweile wurde uns auch zugespielt, dass es massive Interventionen gab, das Kündigungsverfahren in die Gemeinderätliche Personalkommission zu bringen, dies wurde jedoch vom Unternehmen nicht gemacht!

Nach dem negativen Kündigungsversuch wurde unsere Personalvertreterin ohne Angaben von Gründen vom Dienst frei gestellt, bis heute gibt es dazu keine offizielle Stellungnahme seitens des Unternehmens! Die Kollegin hat mittlerweile auch die Staatsanwaltschaft eingeschaltet – die Untersuchung gegen das Unternehmen läuft auf Hochtouren.

Die Nachfrage nach einem Gesprächstermin bei DI Dr. Lichtenegger wurden zunächst von seinem

Sekretariateinfach abgelehnt! Eine 2. Nachfrage bei DI Dr. Lichtenegger für einen Gesprächstermin mit mir wurde auch abgelehnt, jedoch könnte jetzt die Kollegin einen Termin bekommen, -jedoch nur im Beisein der Personalabteilung und des Vorsitzenden der HG IV Koll. Kaiser!

Jetzt ist bekannt, dass unsere Personalvertreterin nicht nur Missstände im Unternehmen aufzeigte und kritisierte (z.B. Sicherheitsmängel), sondern auch der FSG gegenüber sehr kritisch auftrat, - somit sie ist halt ein Störenfried!

Jetzt stellt man sich berechtigt die Frage, warum eröffnen die Wiener Linien ein Kündigungsverfahren, mit einer so faden-scheinigen Begründung? Jeder Jurist wüsste, dass so eine Kündigung beim Arbeitsgericht keine Chance hätte, was oder wer steckt also dahinter?

Spielen wir einmal durch, was würde geschehen, hätte der Zentralausschuss dem Kündigungsverfahren zugestimmt.

Nun, die Kündigung wäre ausgesprochen worden und da es sehr unwahrscheinlich ist, dass in so kurzer Zeit ein rechtskräftiges Urteil seitens des Arbeits- und Sozialgericht ausgesprochen würde, wäre sie aus dem Unternehmen ausgeschieden und hätte!!!!!!! so ganz „nebenbei und zufällig“ damit auch ihr Mandat verloren.

Würde das Gericht nun die Kündigung, sagen wir nach einem Jahr, aufheben und unsere Kollegin müsste wieder eingestellt werden, so würde sie jedoch ihr PV-Mandat nicht mehr zurückbekommen, nun überlegt mal alle liebe KollegInnen wer hätte wohl daran Interesse? Ein Schelm ist der, der sich dabei jetzt Böses denkt?

Faktum ist, mir als Vorsitzenden ist nun der Geduldsfaden gerissen, neben den rechtlichen Schritten werden wir nun das Rathaus, alle politischen Parteien und uns überlegen, die Öffentlichkeit darüber in Kenntnis zu setzen.

Hier sind nicht nur die skandalösen Vorgänge während der Kündigung und die Kündigung selbst aufklärungsbedürftig, sondern auch die Tatsache, dass einer Gemeindebediensteten bei vollen Bezügen verweigert wird, ihren Dienst bei den Wr. Linien zu versehen, dies ist ein sehr fragwürdiger Umgang mit Steuermittel.

Erklärungsbedarf werden hier vor allem, die in dieser Causa federführenden Herren aus der Personalabteilung, Herr Widhalm und Herr Stöckl haben, die das Kündigungsverfahren einleiteten und auch die folgenden Schritte setzten!

Wir werden euch über die weiteren Vorgänge laufend informieren!

Euer Kollege
Roman Böhm-Raffay
Vorsitzender GLB-Gemeinde



Absurdistan lässt grüssen



Heute morgen, 27. März 2008, ich stau mich gerade über den Währinger Gürtel, auf einmal höre ich in im Radiosender ARABELLA – Nachrichten:

„Die Regierung WILL jetzt arbeiten!“
Freunde - lasst es euch auf der Zunge zergehen, die Betonung liegt auf „WILL“!!!

Also ehrlich, ich habe in diesem Moment geglaubt – ich zuck aus!!!! – dann habe ich einen Lachanfall, aber einen der grimmigen Sorte, bekommen und aufs Lenkrad gedroschen, sodass die Autofahrer links und rechts neben mir immerhin kurzfristig etwas zu lachen hatten, was ja im Stau nicht oft vorkommt!

Da bleibt einem ja regelrecht die Spucke weg!

Da ist eine vom Volk immerhin vor mehr als einem vollen Jahr gewählte Regierung, die auch vom Volk bezahlt und beschäftigt wird und dann höre ich, dass eben diese Regierung „JETZT arbeiten WILL“!

Ja bitte, wo sind wir denn? Ich kenne fast niemanden, der gerne arbeiten WILL, aber fast jeder MUSS!

Ich will auch nicht immer, aber ich MUSS, um meinen Lebensunterhalt finanzieren zu können.

Der Bim/Busfahrer will garantiert NIE – aber er MUSS, wovon soll er leben?

Die „Parks Sheriffs“ wollen sicher auch nicht – MÜSSEN aber, das könnte man jetzt endlos weiter fortführen!

Die Konsequenzen bei Arbeitsverweigerung sind allgemein hinlänglich bekannt! Bei unserer Regierung schaut das alles ganz anders aus.

Bei diesem rot-schwarzen Zynismus kann es einem nur schlecht werden. In welchem Zeitalter leben wir eigentlich?

Ich wäre dafür, dass die Gehälter dieser so genannten Koalitionsregierung der

tatsächlichen Arbeitsleistung angepasst werden. Die Kosten fürs Nichtstun belaufen sich zwischenzeitlich auf gigantische Summen, die jedem Mindestpensionisten und Kleinverdiener das Wasser in die Augen treibt.

Das einzige, was diese Regierung zusammenhält, sind Streitgespräche, die darum gehen, wer angefangen hat zu streiten. Man könnte darüber lachen, wenn das ganze nicht so ernst und traurig wäre.

Da wird gestritten wegen einer Steuerreform, die Gusenbauer auf 2009 vorverlegen möchte!

Super, hat er nicht im Wahlkampf gesagt, keine Steuerreform vor 2010? Eh wurscht, ist ja nicht das erste Mal, dass Wahlversprechen gebrochen werden, wir sind das ja schon gewöhnt! Dann fällt er wieder um und erklärt doch tatsächlich, die Steuerreform ist plötzlich „nicht mehr so wichtig“. Was denn jetzt, wichtig – doch nicht wichtig – nur bedingt wichtig?? Weiß der Mann überhaupt noch, was er will? Das einzige, was wir sicher wissen, ist, dass er anscheinend, unbedingt und unter allen Umständen die Kanzlerschaft behalten will.

- Spätestens jetzt hat er seine Glaubwürdigkeit verloren!

Dann wirft die ÖVP mit der Vermögenszuwachssteuer der SPÖ ein kleines Häppchen hin und der Kanzler fällt wieder um, wohl wissend, dass dieses sofort wieder weggenommen werden kann. Aber das sind alles nur Peanuts! Auf die wirklichen Brocken wird gerne „vergessen“! Da wird gejammert, dass die Geburtenraten fallen, aber im Gegenzug wird nichts gemacht. Armutsbekämpfung ist das Schlagwort, denn für Familien und Allein-erzieher wurde nichts gemacht. Die Lebenserhaltungskosten steigen ins Unerträgliche, wie soll man sich da noch Kinder leisten können?

Schlagwort Gesundheitssystem, das ist das Wichtigste überhaupt, die diesbezügliche Versorgung der Bevölkerung muss in jedem Fall sichergestellt werden, denn dies ist das Herzstück jeder Gesellschaft. Die Tendenz geht leider schon dahin, dass sich viele die eigene Gesundheit gar nicht mehr leisten können! Die Krankenkassen werden ausgeblutet, Medikamente werden immer teurer, Untersuchungen werden teilweise nicht mehr bewilligt, dafür bekommt die EU Milliarden von Euro in den Allerwertesten gesteckt.

Ich sehe schon ein, mit einem Politikergehalt ist das ein Klacks, aber vielleicht sollten diese Herrschaften gelegentlich einmal über den eigenen Tellerrand blicken.

Alleine die Milliarden, die wir jährlich EURATOM nachwerfen – obwohl wir gar keine Atomenergie haben – könnten eine Menge bewirken.

Das, was unser Österreich jetzt braucht, sind fähige Politiker – Menschen, die sich für unser Land einsetzen, ohne auf Geld und Macht zu spekulieren, aber leider ist unsere ganze Politik nur mehr auf selbstherrliche Parteien und Politiker reduziert!



RÜCKSICHT UND TOLERANZ = KOLLEGIALITÄT

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da das leidige Thema RAUCHER und NICHTRAUCHER wieder entbrannt ist, ersuche ich Euch ALLE auf Eure Kollegenschaft, ob Raucher oder Nichtraucher Rücksicht zu nehmen.

Die Wiener Linien haben sich bemüht einen Konsens für beide Parteien zu finden. Leider ist dies, wegen der örtlichen Gegebenheiten, nicht immer zu unserer und auch eurer vollsten Zufriedenheit. Ich bitte EUCH daher liebe Raucher, nehmt Rücksicht auf die Nichtraucher und pafft wirklich nur in den dafür abgetrennten Raucherräumen.

An EUCH liebe Nichtraucher habe ich die Bitte, etwas toleranter mit rauchenden (ca. 90%) KollegInnen umzugehen, denn diese sind nicht Menschen zweiter Klasse.

Ein Miteinander ist sicher erstrebenswert - meint Eure EVA HARRER

STELLUNGNAHME



- weist offenen Brief des GdG Vorsitzenden Meidlinger

aufs Schärfste zurück!

Der GLB ist der Meinung, dass mit diesen Brief offensichtlich die Wahrheit verdreht und verschleiert werden soll, um ein Fehlverhalten der FSG-Genossen aus der HG4 zu vertuschen, denn wenn es so, wie im „Offenen Brief“ geschrieben, gewesen sein sollte, hätte BR Kaiser 1 Jahr Zeit gehabt dem Betriebsrat diese, im „Offenen Brief“ beschriebene Version bekannt zu geben, so aber hat er mit falschen Aussagen den BR ein Jahr lang hingehalten.

1. Auf Antrag des GLB wurde Anfang 2007 einstimmig in Betriebsrat beschlossen ein Gutachten in Auftrag zu geben, zur Abklärung der Kompetenzen BR/PV.

Auslöser war die Einberufung einer Vollversammlung durch die Opposition und die Weigerung der FSG, dass auch die Altbediensteten abstimmen dürfen!

Der gemeinsame Konsens war das Einholen des besagten Gutachtens und das Ruhen der Vollversammlung bis das Gutachten eintrifft!

2. Laufend wurden auf Anfragen des GLB, in Betriebsratsitzungen und Hauptausschüssen, wann mit den Gutachten zu rechnen sei, von der FSG bewusst falsche Aussagen getätigt (das Gutachten sei sehr umfangreich,

die Materie sehr komplex, Prof. Tomandl habe es für Mitte des Jahres versprochen, dann wieder für Herbst, usw.)

In keiner einzigen Aussage wurde darauf hingewiesen, dass das Gutachten nicht vom Betriebsrat sondern vom Unternehmen in Auftrag gegeben wurde, darüber informierte uns erst Professor Tomandl.

3. Wie hier die Wahrheit verdreht wird zeigt auch der Umstand, alle im BR vertretenen Fraktionen verpflichteten sich, das Gutachten anzuerkennen und einigten sich auf Prof. Tomandl.

Wie allgemein bekannt, gibt es für jedes Gutachten ein Gegengutachten, denn Gutachten werden immer im Interesse des Auftragsgebers verfasst, daher stellt der GLB klar, dieses, vom Unternehmen WR. Linien im Auftrag gegebene Gutachten, wird vom GLB nicht anerkannt!

4. Es ist die Meinung des GLB, dass offensichtlich die Belegschaft und der Betriebsrat über einen längeren Zeitraum bewusst getäuscht wurde, um eine Abstimmung über die DBV-Neu zu verhindern bzw. möglichst lange zu verzögern.

Das Team des



W i n k e r

Kurier am 15.02.08 Gedanken dazu!

Rathaus pfeift die Wiener Linien zurück

Kurier: Jetzt ist die Blamage perfekt: Die Wiener Linien müssen die beabsichtigte Kürzung der Fahrpläne für Bus und Bim aufgeben.

Kein Verständnis hat die Rathauspitze für die Pläne der Wiener Linien, den Fahrgästen Busse und Straßenbahnzüge in den Abendstunden und am Wochenende nur noch im 15-Minuten-Intervall anzubieten.

Vizebürgermeisterin Renate Brauner, als Finanzstadträtin für die Verkehrsbetriebe zuständig, erklärt dazu sichtlich verärgert: „Eine Verschlechterung der Qualität bei den Intervallen können wir uns nicht vorstellen!“

Anmerkung: Ist die Rathauspitze wirklich so ahnungslos? Weiß wirklich keiner etwas von der „Intervallstreckung“ der Linie 62?

Kurier: Grund für die Verärgerung: Ihr Büro war weder von den neuen Fahrgastzählungen noch von der Absicht einer Fahrplankürzung informiert worden.

Anmerkung: Weiß man im Rathaus warum die Linie 62 mit Beiwagen fährt? Weshalb wurden diese „alten Dinger“ wieder ausgegraben? Ist das nur sekkieren der Fahrer oder wurde da doch eine Intervallverlängerung still und heimlich vorgenommen? Wurde da im Rathaus jemand übergangen? Spielt das Rathaus „blinde Kuh“? Wie heißt es so schön;

Denn sie wissen nicht was sie tun!

Bim, Bim
im Arbeitersinn
eure Fini

Talfahrt der WiLi?



Es kam wie es kommen musste. Ist es schon soweit, müssen alle Bediensteten nun netzweit fahren bzw. sich selbst um Streckenkenntnisse für die Aushilfslinien kümmern?

Hat mir doch ein Kollege seine Erlebnisse beim Aushelfen auf einer Fremdlinge erzählt. Dieser Kollege wurde auf eine Linie in Fa-

voriten zugeteilt, da er diese Linie nicht kannte, verlaublich er das in der VK, darauf kam die Antwort, -fahr einfach eine Runde vor Dienstbeginn mit und dann geht das schon (betrifft nicht nur KV Bedienstete).

Gesagt, getan, nur was noch erschwert dazu kam, nachdem er sich die Linienführung angesehen hatte, tauchte in seinem Gruppenbuch eine Abkürzung auf – nämlich ZW-, die er nicht kannte. So fragte er sich in der Kollegenschaft durch, welche Bedeutung dieses ZW habe und ein Fahrer erklärte ihm dann, dass er von der Zentralwerkstätte einige Arbeiter abholen müsste.

Der Aushelfer wusste nicht wie er dort hinkam, Erklärung wie folgt: „Einfach nur fahren und die Weichen stellen sich eh, dann kommst du schon dorthin.“ (Erklärung hiermit am Ende).

Na gut, so begann der Fahrer mit Ach und Krach die Fahrt in die ZW. Dort angekommen, mit 20 minütiger Verspätung, musste dieser die abgeholt Personen“ bitten“, ihm wieder aus der Hauptwerkstätte zu lotsen. Dieser Tag war ein chaotischer Tag

für diesen Kollegen, er musste dann natürlich durch seine mega Verspätung, Kurzführungen durchführen die ihm natürlich auch nicht bekannt waren. (Nervenanspannung dazu gratis)! So nun meine Frage, ist das im Sinne des Unternehmens, das Fahrpersonal hin und her zu schicken, obwohl dem Aushilfspersonal keine Streckenkenntnisse und örtliche Gegebenheiten bekannt sind und diese die Fahrgäste fragen müssen, um eine Kurzführung durchführen zu können?

Das ist für alle Beteiligten keine angenehme Situation, noch dazu verbunden mit Stress und Druck.

Einzelfall ist das keiner, denn immer wieder erzählen mir Kolleginnen und Kollegen Episoden dieser Art. (auch „Altbedienstete“)

Ist das Service der WiLi jetzt am Nullpunkt angelangt?

Dienstort Wien steht im Dienstvertrag und nicht nur bei KV Bediensteten. Der GLB hat es prognostiziert, aber keiner wollte es wahr haben -und nun großes Jammern und Raunen. Es wird auch immer von Verbesserungen gesprochen, ja so gesehen stimmt es ja auch, aber wer sind die Nutznießer? Die Verbesserungen sind nicht für das Fahrpersonal von Nutzen, sondern ganz alleine für das Unternehmen. Wir, das „Fußvolk“, sind immer die Verlierer! Wir bekommen nun diese so genannten „Verbesserungen“ tagtäglich zu spüren!!!

In diesem Sinn, bim, bim.

meint eure
Fini



W i n k e r

Wir laden Euch recht herzlich ein zu unserem

GLB -Grillfest

mit Livemusik und Tombola

Am: 23. August 2008

Wo: Wien 11, Hugogasse 8, Garten

(Straßenbahnstation 71 - Braunhubergasse

oder U3-Station Simmering)

Beginn: 15 Uhr, Open End

Mitzubringen: Hunger und gute Laune

Wir freuen uns auf Euer Kommen.



Gutachten – Skandal

Versuchen FSG und Gewerkschaft zu vertuschen?????

Die skandalösen Vorgänge um das Gutachten des Betriebsrates nimmt immer mehr humoristische Züge an, nun versucht der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten sich schützend vor den Vorsitzenden des BR-Fahrdienst zu stellen, indem er einen „Offenen Brief“ mit, für uns, sehr seltsamen Erklärungen verfasste.

Hier noch mal zur Erinnerung die Chronologie des Skandals, für alle Bediensteten, die den letzten Winker nicht gelesen haben!

Die Plattform (GLB, FA, KIV) brachte einen Antrag zur Abhaltung einer Vollversammlung ein, wo über die Neuverhandlung der unsozialen

DBV-Neu (Dienst- und Betriebsvorschrift) der Wr. Linien abgestimmt werden sollte.

.Die FSG weigerte sich und bezweifelte die Zuständigkeit des Betriebsrates bzgl. Altbediensteten und Kollektivvertragler, daraufhin stellte der GLB einen Antrag, ein Gutachten erstellen zu lassen, um diese Fragen endgültig abzuklären .

Der Grund dafür, ist die Rechtsunsicherheit zwischen den Kompetenzen, aufgrund der einzigartigen Situation (Beamte, Vertragsbedienstete und KV-Bedienstete) der Personalvertretung und des Betriebsrates, einfach ausgedrückt, wer darf für wem verhandeln und wer ist zuständig!

Der GLB wollte, dass ein Abstimmungsergebnis für alle Bediensteten gültig ist.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen und man einigte sich, dieses Gutachten von Professor Tomandl erstellen zu lassen, seit diesem Zeitpunkt wartet BR und PV auf das Gutachten. Das war im März 2007!

Ständige Nachfragen, wann nun mit dem Gutachten zu rechnen sei, wurden steht's von ZBR Kaiser und Stellvertr. Koll. Wessely ausweichend beantwortet, -es dauere noch länger, es sei sehr umfangreich, muss übersetzt werden – weil nicht verständlich, usw....

Im Dezember riss uns der Geduldfaden und wir schrieben ein Mail an den Gutachter mit der Bitte bekannt zu geben, wann nun endlich mit dem Gutachten zu rechnen ist.

Die FSG kritisierte unser Schreiben scharf und meinte, eine Anfrage an Prof. Tomandl stehe der Opposition nicht zu, der GLB wies dies vehement zurück

Unglaublicher Skandal,- Professor Tomandl bestätigt, kein Gutachten wurde von BR und PV in Auftrag gegeben.

*Für den GLB war die lange Wartezeit nicht erklärbar und befragte Prof. Tomandl nach dem Grund, dieser erklärte uns telefonisch und via Mail von Seiten einer **Arbeitervertretung** nie den Auftrag für ein Gutachten erhalten zu haben.*

Unfassbar!

Prof. Tomandl erstellt Gutachten für das Unternehmen! – Gleichzeitig erklärte Prof. Tomandl ein Gutachten für das Unternehmen zu erstellen, über den Inhalt dürfe er aber nur dem Auftragsgeber Auskunft erteilen.

Hier nun das E-Mail von Professor Dr. Tomandl

—Ursprüngliche Nachricht—

Von: Theodor Tomandl

Gesendet: Mittwoch, 23. Januar 2008 14:51

An: glb-gemeinde

Betreff: Re: EINSCHREIBEN.docTomandl.doc

Sehr geehrter Herr Böhm-Raffay!

Ich kann nur sagen, dass mein Auftraggeber die Generaldirektion der Wiener Stadtwerke Holding ist und Sie Informationen über mein noch nicht fertig gestelltes Gutachten daher nur dort erhalten können.

Ihr

Theodor Tomandl

In der letzten Betriebsratsitzung wies der Vorsitzende der FSG Kaiser, alle Anschuldigungen zurück und legte ein Protokoll des Betriebsrates vor, das den Beweis erbringen sollte

Fast alle Betriebsräte der Opposition bekamen Lachkrämpfe als sie das Protokoll lasen, im Protokoll stand nichts, um die Behauptung zu widerlegen, - der Vorsitzende habe bewusst die Bediensteten und die Fraktionen über ein Jahr bewusst getäuscht und die Unwahrheit gesagt!

Hier nun Auschnitte aus dem Protokoll, aus dem lt. FSG „EINDEUTIG“ hervorgeht, dass korrekt informiert wurde und daher die Anschuldigungen unwahr seien:

Zum Gutachten Zuständigkeit Personalvertretung – Betriebsrat stellt BRV (Betriebsratsvorsitzender Kaiser) fest, dass diese Thematik die Stadtwerke und somit auch die GdG betrifft und es daher sinnvoll ist Prof. Tomandl, der bereits mit der Ausgliederung befasst war, mit der Erstellung eines Gutachtens zu beauftragen.

Wo bitte Herr Kaiser steht, dass die GdG oder die Stadtwerke die Auftraggeber sind?

Ist man der deutschen Sprache mächtig, liest man daraus nur, das Prof. Tomandl aus diesen Gründen den Auftrag bekam - und nicht mehr!

Kann es sein, dass die GdG und die FSG versuchen, mit allen Mitteln, das Fehlverhalten der FSG-Wiener Linien zu vertuschen und zu verschleiern?

In jeden anderen demokratischen Land müssten die Verantwortlichen zurücktreten, jedoch in der FSG dominierten Gewerkschaft bzw. Betriebsrat denkt man gar nicht daran und bezichtigt alle anderen der Unwahrheit auch wenn die Beweise noch so erdrückend sind.

Wem wundert es bei solchen Vorgängen, wenn immer mehr Bediensteten der Gewerkschaft den Rücken kehren?

Bei einer Sitzung aller Fraktionen der Opposition wurden, Schritte gegen diese Herrschaften beschlossen, wir werden euch darüber in der nächsten Ausgabe informieren!

Euer Kollege Roman Böhm-Raffay

Vorsitzender GLB-Gemeinde/BR-Fahrdienst

Offener Brief an unsere vom Volk gewählte Regierung

Werte Regierungsmitglieder!

Das, was sich zurzeit in unserem „ach so reichen Österreich“ abspielt, ist gelinde gesagt ein zum Himmel schreiender Skandal.

Falls Sie es, auf Ihren abgehobenen Plätzen, noch nicht bemerkt haben, sind fast eine Million Bürger in Österreich von Armut gefährdet. Das heißt jetzt nicht, dass diese Menschen, so wie z.B. in Manila, auf den Gehsteigen in Pappkartons hausen, sondern, dass diese Menschen aufgrund ihrer tristen, aussichtslosen finanziellen Situation am Alltagsleben nicht mehr teilnehmen können. Sie können sich aufgrund der hohen Kosten keine gesunden, nahrhaften Lebensmittel mehr leisten und werden krank – und wenn sie krank sind, stellen sie sich mit Recht die bange Frage: „Wie kann ich mir meine Medikamente finanzieren, damit ich weiterhin arbeitsfähig bin? Wird man mich aufgrund meiner Erkrankung aus meinem Job werfen?

Wie kann ich mir einen neuen Job suchen, wenn mir kein Geld für neue Kleidung und für den Friseur übrig bleibt? Wie soll ich ohne Geld meine Wohnung heizen, damit meine Kinder gesund bleiben?

Wie soll ich mir noch Gäste einladen? Wie kann ich mit meinen Kindern den Zoo besuchen? Wie kann ich mir ein Kino leisten? Öffentliche Verkehrsmittel benützen? Oder gar einmal Urlaub machen, eh nicht weit – nur nach Niederösterreich auf einen Bauernhof!? Worauf müsste ich dafür noch verzichten?“

All diese Dinge, die für Sie, werte Mitglieder unserer Regierung, wahrscheinlich jetzt ganz normal bzw. banal klingen, sind für die betroffenen Menschen aber nicht mehr finanzierbar.

Aber abgesehen davon gibt es noch die versteckte Armut: Das sind Menschen, die wir zu den „Normalverdienern“ rechnen – der so genannte einstige MITTELSTAND. Das sind jene Mitbürger, die zwar ein „gutes“ Einkommen haben, aber trotzdem jeden Monatsersten sehnlich erwarten, damit das überzogene Konto mit dem nächsten Gehaltseingang wieder halbwegs abgedeckt wird, weil ein „normales“ Gehalt von 1.200,- bis 1.300,- Euro monatlich zur Abdeckung der Lebenshaltungskosten halt einfach nicht mehr ausreicht. Diese Men-

schen sind gezwungen, sich Monat für Monat durchzuwurschteln, damit es sich irgendwie ausgeht.

Diese Bürger bilden wahrscheinlich die Mehrheit in unserem Land, werden aber immer weniger, weil sie irgendwann in die bereits oben erwähnte Kategorie von Armut abrutschen.

Werte Mitglieder unserer so enttäuschenden Regierung – Armut ist kein Zufall!

Armut und Arbeitslosigkeit und die damit verbunden Konsequenzen für die Menschen in unserem Land sind Produkte einer falschen Wirtschaftspolitik, die ausschließlich darauf ausgerichtet ist, den großen Konzernen, noch mehr Geld zu beschaffen – zusätzlich zu ihren gigantischen Profiten. Nicht die kleinen und mittleren ArbeitnehmerInnen wurden bei der letzten Steuerreform entlastet, nein – es

waren wieder die Unternehmer, die auf die Butterseite fielen. Die sprichwörtliche „Krot“ fraß der kleine Bürger, der sich nicht wehren kann – wie denn auch? Seine Steuern werden ihm pünktlich mit jedem Gehalt abgezogen. Seine Wählerstimme ist sowieso nichts mehr wert, denn Ihr macht schon lange, was Ihr wollt!

Jeder einzelne Cent wird von euch vom kleinen Bürger zu den großen

Konzernen geschaufelt. Damit dies möglich ist, wurden in den letzten Jahren unsere Sozialleistungen gekürzt, das Pensionssystem zerschlagen und durch falsche Arbeitsmarktpolitik die Arbeitslosigkeit verschärft.

Und was machen diese Konzerne? Anstatt dieses Körbergeld in die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze zu investieren, werden die Gewinne immer höher und gleichzeitig zig tausende an Arbeitskräften „freigesetzt“, wie es so schön genannt wird, um die Aktienkurse zu erhöhen. So werden die Reichen immer reicher und die, die letztendlich die Gewinne ja erwirtschaften, immer ärmer.

Die Bürger unseres Landes haben es satt, sich von einer unfähigen Regierung die Zukunft vorschreiben zu lassen. Schon Bruno Kreisky hat gesagt: „Wer sein Land verkauft, der ist verkauft!“

Ich glaube, damit ist wohl alles gesagt!

Doris Grössinger



Alle Winker auch im Internet nachzulesen auf unserer Homepage!

GLB-Forum: Anonymes Forum – schreib was dich stört, bewegt oder du etwas wissen möchtest.

Alles das und noch vieles mehr unter: www.glb-gemeinde.at

Undemokratische Vorgangsweise der FSG!



Selbstherrlich, undemokratisch und völlig abgehoben agiert die Fraktion FSG und deren Vorsitzender Karl Kaiser!

Bei der am Montag, den 31.03.08 stattfindenden Betriebsratssitzung, brachte die Fraktion FSG in einer Nacht und Nebelaktion völlig überraschend den Antrag ein, über die Forderungen

der „Überfraktionellen Plattform“, bei der am selben Tag stattfindenden Vollversammlung des Fahrdienstes, abstimmen zu lassen.

Die Begründung der FSG war, der GLB behauptete, die FSG verzögere bewusst die Abstimmung und darum mache man die Abstimmung sofort!

Der GLB protestierte, da diese Vorgangsweise der FSG bewusst so gewählt wurde, dass den anderen Fraktionen keine Möglichkeit bleibt die Dienststellen zu informieren!

Die Rechnung der FSG ging auf, ganz zufällig waren sehr viele FSG – Sympathisanten anwesend.

Das Ergebnis war, wie von der FSG gewollt, fast 90% lehnten Neuverhandlungen ab!

Vor den Abstimmungen wurden noch alle Anwesenden belehrt und es wurde gedroht, was alles geschehen könnte, wenn diesen Antrag zugestimmt wird, z.B. Geh- und Wegzeit könnten komplett gestrichen werden, die Betriebsbereiche Bus, Bim und U-Bahn wurden bei Änderung der Rolldienstzulage getrennt

werden, oder die Pausen und die Ablösen könnten auf der Strecke erfolgen.

Diese Drohungen hatten in der Vergangenheit Erfolg, da wurde den Bediensteten bei der Ausgliederung eingeredet, man müsse dafür sein, denn die EU-Richtlinien würden uns dazu zwingen und vor allem der Busbetrieb könnte privatisiert werden.

Bei der Änderung der DBV- Neu wurde wiederum die Angst mit der EU-Richtlinie geschürt und den Bediensteten erklärt, sollten sie die DBV nicht ändern würden alle Altbediensteten auf eine Dienststelle verfrachtet, nichts war wahr - wie wir heute wissen!

Die FSG schürt immer wieder die Angst und verunsichert die Bediensteten mit Drohungen, wie das Unternehmen reagieren würde und vergisst ganz, dass auch ein Betriebsrat drohen kann, aber bei der innigen Zuneigung der FSG zu unserer Betriebsführung kommt das für sie natürlich nicht in Frage!

Wenn die Fraktion FSG glaubt, damit sei die Sache erledigt, dann werden wir sie eines Besseren belehren!

Die in der unabhängigen Plattform vertretenen Fraktionen bereiten demensprechende neue Anträge vor und neue Vollversammlungen sind so gut wie sicher!

Eine solche Vorgangsweise die gegen jede demokratische Spielregel verstößt, wird von uns nicht hingenommen und die Kollegen der FSG werden ihr selbstherrliches Verhalten bald bedauern!

Euer GLB-Team



W i n k e r

Emil im neuen Outfit!

Emils neues Outfit in Krakau, - warum auch sollten die Emils bei uns umgebaut werden?

Das kostet doch nur Zeit und Geld, diese Arbeiten überlassen wir lieber anderen Ländern.

Uns wurden einige Fotos zur Verfügung gestellt um zu zeigen, was man aus alten Bims machen kann.



Hier nur einige „Eckdaten“ Frisch gestrichen und lackiert, mit einer Led – Matrixanzeige vorne am Triebwagen, am Beiwagen hinten versehen, und schon schaut er extrem modern aus.

Einbau eines zweiten Scheinwerfers, Anbringung eines Außenspiegels (ich persönlich

halte nicht viel vom Außenspiegel, da ich der Meinung bin, das Fahrpersonal hat so schon genug Verantwortung).

Eine wie etwa E2 ähnliche Fahrerkabine, (wenn nicht noch besser), und bei der Fahrertür der erste Türflügel nur zum Ausstieg des Personals dient.

Am Beiwagen ertönt noch bevor die Tür schließt ein Signalton.

Nicht alle Umbauten habe ich hier aufgezählt. Einfach nur mal ein kleiner Einblick oder Rückblick was aus unseren alten Emils geworden ist.

Eure Fini



Offener Brief des GLB an Koll. Karl Kaiser - BR des Fahrbetriebes Wiener Linien

Sehr geehrter Hr. Vorsitzender!
Lieber Kollege Kaiser!
Lieber Karl!

Die Ergebnisse bei den Abstimmungen der Betriebsversammlungen haben dem Fahrbetrieb nicht nur den Dolch angesetzt, sondern auch noch den Griff herumgedreht, damit es noch mehr weh tut.

Das, was sich dort abspielte, kann man nur als bodenlose Respektlosigkeit und Verantwortungslosigkeit gegenüber dem Fahrdienst bezeichnen.

Alles, was in der Vergangenheit von deinen Vorgängern zu Gunsten des Fahrbetriebes erkämpft wurde, hast du mit diesen Abstimmungen leichtfertig aufs Spiel gesetzt, und damit die FSG und somit auch dich, lieber Karl, als Bedienstetenvertretung endgültig disqualifiziert.

Irgendwo zwischen Raxgarage und Direktion der Wiener Linien ist dir tragischerweise dein Rückgrat abhanden gekommen. Wir verstehen schon, dass es angenehmer ist, wenn man sich nicht immer mit dem Unternehmen anlegen muss, aber du hast anscheinend vergessen, dass du eine Verantwortung und Pflicht gegenüber deinen Wählern hast! Der gehorsame Diener des Unternehmens zu sein, gehört eindeutig nicht dazu! Hast du denn vergessen, wie es war, hinter dem Lenkrad zu sitzen? Zugegeben - es ist schon eine Weile her und noch dazu waren damals die Gegebenheiten bei den Wiener Linien wesentlich angenehmer als jetzt, aber das kannst du doch nicht alles vergessen haben?!

Mit Ignoranz und Überheblichkeit habt ihr euch über 1.600 Bediensteten –Unterstützungsunterschriften für eine Nach-

verhandlung der DBV der unabhängigen Plattform hinweggesetzt und somit den Auftrag von Wählern ignoriert.

Völlig bewusst habt ihr diese Aktion zu euren Gunsten und somit zum verlangten Ergebnis des Dienstgebers gesteuert und den KollegInnen, die Tag für Tag draußen ihren Dienst verrichten müssen, eine gewaltige Ohrfeige verpasst. Uns ist natürlich schon klar, dass es dich persönlich nicht betrifft - denn du, lieber Karl, sitzt in deinem klimatisierten Büro und musst dich nicht mit elenden Arbeitsbedingungen abquälen!

Abgesehen davon, dass diese Abstimmungen durch Einbringung deiner persönlichen Animositäten zur Farce wurden - ist es schon überheblich genug, dass die Tagesordnung, durch das Fehlen der Rechnungsprüfer nicht eingehalten wurde und in der Ankündigung kein Wort über einen Antrag für eine Abstimmung zur Nachverhandlung der DBV stand – diese Information wurde den Bediensteten vorenthalten, damit du dich nicht neuerlich mit dem Unternehmen auseinandersetzen musst. Du hast vor den Abstimmungen den wenigen Bediensteten, die anwesend waren, ein falsches Bild vermittelt und die Abstimmungen damit in die für euch richtige Richtung gelenkt. Du bist der Gewerkschafter, der es geschafft hat, den Fahrbetrieb durch Ignoranz und Verantwortungslosigkeit Jahrzehnte zurück zu katapultieren und dafür gratulieren wir dir!

Hochachtungsvoll
Das Team des

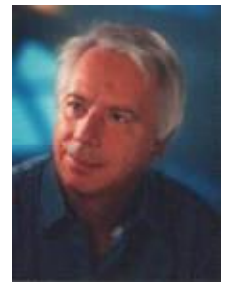
Gewerkschaft neu oder doch wieder alt?

Die Gewerkschaft steckt zweifelsohne in einer Krise und es ist nicht nur eine finanzielle die Sorgen bereitet. Vor allem hat sie ein erhebliches Defizit an Mitbestimmung und Demokratie. Sie, die Gewerkschafter, sprechen zwar immer von Mitbestimmung und Demokratie. Meinen und erwarten das aber nur von den Mitgliedern. In Wahrheit hat der ÖGB und die Gewerkschafts kapazunda das größte Problem damit. Ein paar wenige machen sich alles aus, von den anderen fordert man Loyalität. Viele der hörigen Gewerkschaftsmitglieder geben diese Loyalität ohne wenn und aber weiter, ohne nachzufragen wohin sie führt? Aber was geschieht mit so einer blinden Ergebnisheit? Sie führt unweigerlich zu Machtmissbrauch.

Besonders ausgeprägt scheint es zurzeit bei den Wiener Linien zu sein. Kaiser und Co reißen alles an sich und kümmern sich einen Schmarren um andere Fraktion, um Kolleginnen und Kollegen.

Die Oppositionsfraktionen schweigen aber nicht mehr. Sie sehen es und jeder Bedienstete spürt es selbst, wie die Macht zum Nachteil der Bediensteten missbraucht wird. Was bitte hat die Gewerkschaft in den letzten zehn Jahren für den Arbeitnehmer erreicht? Nichts. Sie hat einfach geschlafen, dem Arbeitgeber war sie braver Diener. Das lässt sich nicht mehr mit

Liberalisierung und Globalisierung erklären. Hier wird der Arbeitnehmer um seine Recht betrogen, die eigentlich die Gewerkschaft vertreten und wahren soll. Immer mehr Bedienstet müssen den Weg zum Gericht antreten, weil die Gewerkschaft beim Kassieren sehr groß ist und ihre eigentlichen Aufgaben gröblichst verletzt. Heute ist es speziell bei den Wiener Linien



so, dass sich die Unternehmensführung mit der Gewerkschaft zusammen tut und gegen die Bediensteten agiert. Aber nicht nur gegen Bedienstete, auch gegen andere Fraktionen. Immer schon gab es Reibereien mit der großen FSG und den kleinen Fraktionen. Das ist normal. Noch nie aber gab es solche Ausgrenzungen und Missachtung des Arbeitsverfassungsrechtes wie unter Kaiser und den Direktorium der Wiener Linien.

Was die anderen Fraktionen tun werden und wollen wissen wir nicht, der GLB jedoch wird alles prüfen lassen und gegebenenfalls Klageeinbringen.

Von der versprochenen „Gewerkschaft neu“ habe ich mir jedenfalls wesentlich mehr erwartet.

Gerhard Eder/Stv. Vors. GLB/GdG

Ein Sieg für die Gerechtigkeit – Wiener Linien verurteilt



Anfang 2004 wurde ein Kollege vom Fahrdienst gekündigt. Lange haben die WILI und die Vorgesetzten der Dienststelle mit sehr aktiver Mitwirkung des FSG - Dienststellenobmanns und vielen falschen Zeugenaussagen von FSG - Gewerkschaftern und FSG - Mitarbeitern an einem Kündigungsgrund gebastelt. Dieser Kündigungsgrund war mehr als dumm konstruiert, sodass ich als nunmehriger Mitarbeiter des GLB dem Kollegen riet zu klagen. Trotz hunderter „guter Ratschläge“ von Kollegen und Vorgesetzten die Finger davon zulassen, „Ihr verlierts sowieso“ -haben wir die mehr als vier Jahre durchgestanden. Nicht zuletzt Dank einer Rechtsschutzversicherung. Eine Hilfestellung seitens der Gewerkschaft FSG wurde nicht gewährt, ganz im Gegenteil.

Nun hat das Arbeitsgericht entschieden: Die vor vier Jahren ausgesprochene Kündigung durch die WILI ist rechtswirksam. Der Kollege ist und bleibt Bediensteter der WILI. Die WILI müssen dem Kollegen das Gehalt von über vier Jahren, mit allen Zulagen und durchschnittlichen Überstunden mit fast 10% Zinsen nachzahlen. Rund 100 00 Euro, Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Anschließend an die Rechtskraft wird es weitere Urteile in diesem Fall geben. Und zwar: wegen falscher Zeugenaussagen, wegen Mobbing, Diskriminierung und wegen Vernachlässigung der Fürsorgepflicht durch den Dienstgeber.

Es lohnt sich also für sein Recht zu kämpfen. Wenn jemandem Unrecht zugefügt wird, werden sich alle Mitarbeiter des GLB bis zur letzten Konsequenz für unsere Bediensteten einsetzen.

Wie gut, dass es den GLB gibt.

PS. Ich werde über diese Causa noch ausführlich, mit Namensnennung erzählen, wenn alle Urteile gesprochen wurden.

Gerhard Eder
Stellvertr. Vors. GLB/GdG



W i n k e r



Antrag

des GLB - Gewerkschaftlicher Linksblock
an den Hauptausschuss der HG IV



Betreff:

Evaluierung und Behebung der Mängel (wie aufgelistet) in der Vorverkaufsstelle Schwedenplatz

1. Eine Sanitäranlage und dementsprechende Waschgelegenheiten müssen eingebaut bzw. bereitgestellt werden.
2. Beseitigung der Ungezieferplage
- 3.:Beseitigung der Geruchsbelästigung

Begründung:

Vorverkauf Schwedenplatz:

Skandalöse Zustände im Vorverkauf Schwedenplatz und die Wiener Linien schauen bewusst weg, -wie uns Bedienstete glaubhaft versichern.

Toiletten sucht man vergebens in dieser Vorverkaufsstelle, dafür dürfen unsere Bediensteten den penetranten Geruch aus Abwasserkanal (Fäkaliengeruch) und des Altöls aus dem nahegelegenen Kebab-Stand genießen.

Als Höhepunkt des Skandals muss noch, die Kakerlaken plage erwähnt werden, die immer wieder unsere Bediensteten anekeln und erschrecken!

Neben dem Sanitärproblem sehen wir auch im Ungeziefer eine mögliche Gesundheitsgefährdung der Bediensteten, dementsprechend werden wir einen Antrag zur Behebung der Mängel stellen und das Arbeitsinspektorat informieren!

WEICHENSTEUERUNG ULF - EIN LANGZEITPROBLEM !!! ???

Seit ca. 1 ½ Jahren wird die Linie O mit Zügen der Wagentype Ulf befahren, und genauso lange haben die WILI das Problem mit der Weichensteuerung bei der Fasangasse Fahrtrichtung Praterstern.

Nähert sich ein Zug (Ulf) der Weiche, verriegelt diese in die Fahrtrichtung in der sie eben gerade steht. In 90% der Annäherung ist die Fahrstraße für die Linie 18 offen.

Der Fahrer muss händisch die Weiche stellen und sich in die Ampelregelung einprogrammieren. Das kostet einen kompletten Phasenumlauf.

Das Problem liegt anscheinend bei der Wagentype Ulf, denn mit den Zügen der Wagentype E1 funktioniert die Weichensteuerung.
Das Problem wurde zig-Mal in den Wagenpässen

vermerkt, aber behoben ist dieses Problem bis zum heutigen Tage nicht.

Nicht genug, dass das Aussteigen und Einprogrammieren einen kompletten Phasenumlauf kostet, wurde im Zuge von Modernisierung und Umbau der Ampelanlage auch noch die erste Abbiegephase gestrichen.

Ob dies Absicht oder Unvermögen der zuständigen Behörden oder Firmen ist, ist dem Fahrpersonal egal, sie wissen nur, dass es eine Fahrzeiteinbuße ist. Manchmal sogar bis zu 3 Minuten, wenn in dieser Station auch noch die Linie 18, vor einem Zug der Linie O, die Station Fasangasse passiert.

Es wäre höchst an der Zeit sich mit den zuständigen Firmen kurz zu schließen und das uralte Problem endlich aus der Welt zu schaffen.

Eure Eva Harrer

W i n k e r

Philippinen – Rundreise

16 Tage vom 6.02.09 – 22.02.09

Flug mit Emirates Airline

Preise stehen noch nicht fest, wir bringen sie in der nächsten Winkerausgabe!

Reiseverlauf: Insel Luzon **Manila** – Fahrt nach **Banaue**, wir fahren mit Jeeps zu den Bergvolk der Ifuago, zu den berühmten Reisterrassen und besichtigen die Höhlengräber in Sagada – Flug zur Insel **Palawan**, wir besichtigen Puerto Princess, unternehmen eine Wanderung im Dschungel (viele Affen und riesige Warane), unternehmen eine Bootsfahrt durch den unterirdischen Fluss und fahren mit Booten in die Honda Bay – **Flug zur Insel Cebu**, wir besichtigen Cebu – City (Ford San Pedro, Taoist Tempel, Carbon Markt) – **Fahrt mit dem Schiff nach Bohol**, wir besuchen einheimische Dörfer, die berühmten Chocolate Hills und unternehmen eine Bootsfahrt – **Fahrt nach Cebu** – Flug Manila – Wien.

Inkludierte Leistung: Sämtliche Ausflüge und Eintritte, Bootsfahrten, Transfers, Taxen, teilw. Vollverpflegung - sonst Frühstück (siehe Katalog anfordern!)

Trauminsel Boracay

15 Tage Grundpaket vom 20.02.09 – 07.03.09

DZ 1.399 € - EZ 1.599 €, verl. Woche DZ 160 € - EZ 320 €

Flug mit Emirates Airline

Inkludierte Leistungen: Übernachtung, **Sicherheitstaxen**, Transfers.

Nicht inkludiert: lediglich Visum und Mahlzeiten, Startgebühren ca. 8 €.

Boracay ist inzwischen zu dem Touristenziel Nr. 1 der Philippinen geworden und zieht Besucher aus aller Welt an. Der schönste Teil der Insel ist der knapp vier Kilometer lange White Beach, der von den Einheimischen auch Long Beach genannt wird **Zimmer:** Die Hotelanlage, La Carmila, ist direkt am Strand mit Swimmingpool, die Zimmer sind, geschmackvoll und sauber mit Balkon. Alle Zimmer mit Badezimmer/WC, AC, TV und Heißwasser! Unsere Anlage befindet sich direkt am White Beach, dieser Strand wurde unter die 10 schönsten Strände der Welt gereiht. Traumhafter weißer 7 km langer Korallensandstrand und Palmen bis zum Meer.



GLB-Reisen Vorschau 2010

September 2010: 14 Tage große China Rundreise Peking: Preis ca. 2.200 € – Ming Gräber, Sie den Kaiserpalast, die „verbotene Stadt - Nachtzugfahrt im Softsleeper nach Shiyan - Wudang Shan, dem heiligen Berg der Taoisten. Der Wudang Shan wird auch „Berg der höchsten Harmonie“ genannt und ist die Wiege des Taoismus. Wudang Shan gehört zum Weltkulturerbe. Am Nachmittag Besuch des Klosters Nan Yan, auch „Steinhalle des Südfelsens“ genannt, weiters besuchen wir Prinzenkloster, Palast der höchsten Harmonie, Palaste der Purpurwolke, Morgens Besuch des „Pavillons des gelben Kranichs und des buddhistischen Guiyan Tempels.- Flug nach Guilin in Südchina, Besuch der Schilfrohrflötenhöhle und des Elefantenberges. – Fahrt auf den Li Fluss – Flug nach Shanghai mit umfangreichen Besichtigungsprogramm - Fahrt in die Gartenstadt Suzhou.

Februar 2010 - 12 Tage Sri Lanka Rundreise mit optionalen Badeaufenthalt ca. 1700 € - Colombo - Pinnawela – Sigiriya - Anuradhapura - Mihintale - Dambulla – Minneriya – Aukana- Matale - Kandy - Peradeniya - Udawatta Kela - Nuwara Eliya - Horton Plains- Kitulgala - Colombo oder Westküste – Heimflug bzw. optionaler Badeaufenthalt!

Bei allen Reisen Anfragen/Anmeldungen direkt bei Betriebsrat Böhm-Raffay, Tel. 0664 15 17 922 /




Mail: roman.boehm-raffay@chello.at, oder GLB-Büro 1170 Wien Elterleinplatz 6 Tel. 407 69 36,

Für alle Reisen könnt ihr schon Prospekte anfordern!

GLB – Rechtsschutzvergleich

Der GLB hat für euch die gängigsten Rechtsschutzversicherungen untereinander verglichen. Die Kriterien des Vergleiches waren – **Preis** – **Lenkerrechtsschutz** (Rechtsschutz bei lenken fremder Fahrzeuge z.B. Bus/Bim) – **Fahrzeugrechtsschutz** (Rechtsstreitigkeiten mit eigenen PKW) – **Rechtsschutz in Arbeits- u. Dienstrecht als Arbeitnehmer** (alle Rechtsstreitigkeiten mit Arbeitgeber z.B. Kündigung) und sind die Versicherungen auch einzeln oder nur in Paket abschließbar.

Preisvergleich Versicherung – Gesamtpaket

	 WIENER STÄDTISCHE	 ARAG	 DAS
Versicherungssummen:	41.000 €	110.000 €	53.000 €
Schadenersatz-Rechtsschutz im Privat- u. Berufsbereich	JA	JA	JA
Straf-Rechtsschutz im Privat- u. Berufsbereich	JA	JA	JA
Ausfallsvers. f. gerichtl. bestimmte Ansprüche aus Körperschäden	NEIN	JA	NEIN
Beratungs-Rechtsschutz	JA	JA	JA
Erb- u. Familienrecht	NEIN	JA	NEIN
Vertragsrechtsschutz	JA	JA	JA
Versicherungsschutz f. nebenberufliche Erwerbstätige	NEIN	JA	NEIN
Versicherungsvertrags – Rechtsschutz	NEIN	JA	JA
Reisevertragsrechtsschutz	NEIN	JA	NEIN
Gutachten – Rechtsschutz	NEIN	JA	NEIN
Lenker - Rechtsschutz (BUS/BIM)	JA	JA	JA
Fahrzeugrechtsschutz	JA	JA	JA
	(max. 2 PKW)	(alle Kfz, insp. u. Hänger ARAG/DAS)	
Sozialversicherungsrechtsschutz	JA	JA	JA
<u>Vorsatzdelikte</u>	<u>NEIN</u>	<u>JA</u>	<u>JA</u>
Jahresprämien	240,70 €	251,62 €	290,80 €
		-10% GLB-Rabatt 226,46 €	

Besonders Interessant ist bei der ARAG können die einzelnen Versicherungen nach Bausteinprinzip persönlich kombiniert werden und monatliche Zahlung ohne Aufschlag!

Z.B. Baustein Verkehrsbereich ARAG Jahresprämie 67,90 €
-10% GLB-RABATT Jahresprämie 61,11 € oder monatlich 5,09 €

Beinhaltet:

Fahrzeug-RS für sämtlich nicht betrieblich genutzten Motorfahrzeuge zu Lande, zu Wasser sowie Anhänger: Schadenersatz-RS, Ausfallsversicherung für gerichtlich bestimmte Ansprüche aus Körperschäden, Straf-, Führerschein-, Fahrzeug-Vertrags-, Versicherungsvertrags-RS, Steuer-RS

ARAG – Betreuerin

Frau Bettina Schwarz, Tel: 01/897 13 13, FAX: 01/897 13 13 33, Bürozeit: MO – DO von 9.00 – 17.00

Verdienstauffallsversicherung bei Versetzung in den Leichterdienst und Krankenstand (für alle FahrerInnen der Wiener Linien)

Täglich sehen wir auf unseren Dienststellen Kollegen und Kolleginnen die aufgrund von Krankheit und Unfall in den Leichterdienst versetzt wurden. Leider kann so ein Schicksalsfall jeden von uns treffen. Leichterdienst bedeutet für FahrerInnen der Wiener Linien rund ein Drittel weniger Gehalt. Und jene Bedienstete die innerhalb Ihrer Familie „Alleinverdiener“ sind werden dadurch in Ihrer Existenz gefährdet.

Altbedienstete werden sich noch erinnern: Bereits vor Jahren war es dem GLB gelungen mit dem französischen Versicherungskonzern AXA eine Verdienstauffallsversicherung auszuhandeln.

Nach einem Jahr zog sich die AXA-Versicherung allerdings wieder vom österreichischen Markt zurück. Bestehende Versicherungsverträge behielten ihre Gültigkeit, neue waren jedoch nicht mehr abschließbar.

Allen anderen österreichischen Versicherungen erschien in weiterer Folge das Risiko zu hoch, und sie weigerten sich eine ähnliche Versicherung anzubieten.

Der Grund: Über 30% der (AXA) Verträge wurden zu Schadensfällen, und jeder dritte Bedienstete der einen solchen Vertrag abgeschlossen hatte, erhält noch heute über 700,- Euro monatlich!

Nach über zwei Jahren stetiger Verhandlungen unterzeichnete nun der GLB-Betriebsrat

Roman BÖHM-RAFFAY einen Gruppenvertrag mit dem Allfinanzcenter und der UNIQA Versicherung.

Damit wurde die „Verdienstauffallsversicherung“ wiedergeboren.

UNIQA schließt mit diesem innovativen und vor allem einzigartigen Produkt und mit einer Leistung von 25,- Euro pro Tag (ab dem 61. Tag) die entstandene Einkommenslücke.

Um auch in solchen Lebensphasen in eine gesicherte Zukunft blicken zu können, bietet Ihnen das Allfinanzcenter der UNIQA als einzige Versicherungsagentur in Österreich die neue **Verdienstauffallsversicherung**.



GLB – Allfinanz /Uniqa Leichterdienstversicherung

Detail – Infos bei unseren Infotagen, bei einem persönlichen Termin
oder über die INFO-Hotline

- Der Versicherungsschutz beträgt 25 € täglich (inkl. SA/SO), somit beträgt die monatliche Auszahlung bei 31 Tagen 775 €.
- Versicherungsschutz bis 10 Jahre (verschiedene Varianten wählbar)
- Gültig ausschließlich für FahrerInnen/LenkerInnen der Wiener Linien
- Prämien von 25 € bis 100 €, abhängig von Variante und Alter
- Versichert ist jeder im Leichterdienst Bedienstete, aufgrund von Unfall oder Krankheit, Leichterdienst aus disziplinarischen Gründen wird nicht versichert!
- Bei KV-Bediensteten aber auch Vertragsbediensteten, ist auch die Gefahr gegeben, bei längeren Leichterdienst gekündigt zu werden, hier wurde vereinbart, dass die Versicherungssumme (max. 750 € bei Monaten mit 31 Tagen und maximal 10 Jahre) auch bei einer Kündigung ausbezahlt wird!

Alle Detailinfos bekommt ihr bei unserer Info – Hotline Info – Hotline/Persönlicher Termin: Tel. 01/897 13 13
Bürozeit MO – DO von 9.00 – 17.00



Steuerfreie ZUKUNFTSSICHERUNG für Gemeinde - / Bundes bedienstete

Nutzen Sie den
§ 3/1/15a
Einkommenssteuergesetz

Ihr(e) Ansprechpartner(in):

Allfinanzcenter der UNIQA Versicherungen AG
Andrie & Meidl OEG
Walter Meidl
1150 Wien, Mariahilferstr.167/3
Tel.: (01) 897 13 13-18, Fax: (01) 897 13 13-33
Mobil: 0676 869 777 50
walter.meidl@allfinanzcenter.at

STEUERFREIE PENSIONS-VORSORGE!

Die Entwicklung des Sozialsystems erfordert vor allem im Bereich der Pensionsvorsorge zunehmend Verantwortung und damit auch **Eigenvorsorge**.

Im Rahmen der steuerfreien Zukunftssicherung gemäß § 3/1/15a EStG fördert der Staat Ihre private Eigenvorsorge.

Ihr Vorteil:

Sie können bis zu EUR 300,- pro Jahr bzw. EUR 25,- monatlich lohnnebenkostenfrei in Ihre private Pensionsvorsorge investieren.

Die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen für die Einführung eines Bezugsamwandlungsmodells sind von Ihrem Arbeitgeber geschaffen worden.

Da mit haben Sie ab sofort als Dienstnehmer die Möglichkeit unbürokratisch in den Genuss eines Lohnsteuervorteils zu kommen. Neben dem Steuervorteil gelangen Sie als Dienstnehmer zu außerordentlich guten Konditionen für Ihre Pensionsvorsorge.

Überzeugen Sie sich selbst und nutzen Sie diese einmalige Möglichkeit.

Das Modell funktioniert auf Basis einer Bezugsamwandlung.

Sie vereinbaren mittels eines vorgefertigten Formulars mit Ihrem Dienstgeber, dass dieser monatlich EUR 25,- für Ihre private Pensionsvorsorge aufwendet und diesen Betrag monatlich an die UNIQA überweist.

Nachdem dieser Betrag von der Lohnsteuer befreit ist, wird er in voller Höhe für Ihren Pensionsvorsorgevertrag bei **UNIQA** wirksam.

Normalerweise bezahlen Sie für ein monatliches Bruttogehalt von EUR 25,- je nach Höhe Ihrer Progressionsstufe bis zu 50% Lohnsteuer, sodass Ihnen ein entsprechend vermindelter Nettobezug bleibt. Mit diesem Modell wandeln Sie EUR 25,- brutto für netto zweckgebunden um.

Was kostet Ihnen, je nach Progression diese Lohnumwandlung netto?

UMWANDLUNG von EUR 25,- bei

Progression	23%	33,5%	50%
Nettoaufwand	€ 19,25	€ 16,62	€ 12,50
Ihr Gewinn	€ 5,75	€ 8,38	€ 12,50

pro Monat aus der Steuerersparnis.
(Sozialversicherungsbeiträge noch nicht berücksichtigt)

ACHTUNG: Neue Adresse

1070 Wien, Wimbergergasse 14-16/1/1 OG



Rundum gut versorgt mit dem | RUNDUM-SERVICE | der VORSORGE

Die VORSORGE bietet Ihnen ein RUNDUM-SERVICE mit 18 Vorsorgeprodukten der Wiener Städtischen, die Ihren Bedarf in jeder Lebenssituation abdecken:



Vorsorge und Pension

- VORSORGE KOMBI
- VORSORGE KINDERZUSATZ
- VORSORGE PENSION
- VORSORGE PRÄMIENPENSION
- VORSORGE BESTÄTTUNG
- VORSORGE EINMÄLERLAG
- § 3 GEHALTSUMWÄNDLUNG



Familie und Gesundheit

- VORSORGE TÄGGELD
- VORSORGE SONDERFRÜHASSF



Wohnen

- VORSORGE HAUSHALT
- VORSORGE FÜR EINHEIM



Auto und Mobilität

- VORSORGE KFZ-HAFTPFLICHT
- VORSORGE KFZ-KASIKO
- VORSORGE RECHTSSCHUTZ



Freizeit und Reisen

- VORSORGE MULTI-UNFÄLLSCHUTZ
- VORSORGE MASTERCARD mit SOS-PAKET



Beruf

- VORSORGE ORGAN- UND AMTSHAFTPFLICHT
- VORSORGE BERUFSHAFTPFLICHT und BERUFRECHTSSCHUTZ

und übrige wußten Sie, dass ...

- ... Sie als Gewerkschaftsmitglied zu allen Vorsorge-Produkten weitere spezielle Vorteile genießen?
- ... DIE VORSORGE 1954 von der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten als Verein gegründet wurde?
- ... DIE VORSORGE mittlerweile das Vertrauen von mehr als 120.000 Mitgliedern genießt?

Ihr VORSORGE Betreuer informiert Sie gerne.



Bei Fragen: Hr. Harald Schober 0664/302 67 13 oder 050 350 90/22389

Unsere **GLB**-Mitarbeiter bei den Wiener Linien



Ivancsics Joachim
Straßenbahnfahrer



Petrovic Mihailo
Straßenbahnfahrer

Gürtel



Brunner Robert
Straßenbahnfahrer



Rathauscher Richard
Straßenbahnfahrer

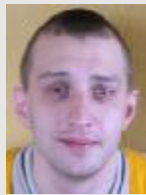


Hidgehety Friedrich
Straßenbahnfahrer

Hernals



Makuljevic Dragan
Werkstatt



Ingerle Rene
Werkstatt



Eder Gerhard
Stellv. Vorsitzender

Spetterbrücke



Andorfer Jana
Busfahrerin

Speising



Koudelka Heinz
Straßenbahnfahrer



Böhm-Raffay Roman
Straßenbahnfahrer



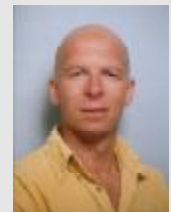
Löwenstein Fini
Straßenbahnfahrerin



Rieger Herbert
Straßenbahnfahrer



Westermeier Wolfgang
Straßenbahnfahrer



Haschka Helmut
Straßenbahnfahrer



Blauensteiner Karl
Werkstatt



Harrer Eva
Straßenbahnfahrerin



Seier Manfred
Straßenbahnfahrer



Deuschlinger Josef
Werkstatt



Wöchtl Hans-Jürgen
Straßenbahnfahrer

Favoriten/Simmering